

zuletzt aktualisiert am: 09.06.2011

URL: <http://www.rp-online.de/niederrhein-sued/moenchengladbach/nachrichten/rechtsstreit-um-kuriosen-ratsbeschluss-1.1301323>

Empfehlen

0

## Mönchengladbach

### Rechtsstreit um kuriosen Ratsbeschluss

VON RALF JÜNGERMANN - zuletzt aktualisiert: 09.06.2011

**Mönchengladbach (RP). Um die Umsetzung dieses Ratsbeschlusses ist Oberbürgermeister Norbert Bude nicht zu beneiden: Er muss an die Bundestagsfraktion der Linken schreiben und der Partei einen Vorschlag der Mönchengladbacher Linken zukommen lassen.**

Die wünscht sich eine Steuer gegen Armut. Eingebrockt haben dem Oberbürgermeister diesen Auftrag SPD, Grüne und FDP. Dass das Thema mangels Zuständigkeit nicht einmal auf die Tagesordnung gehört hätte, hatte Rechtsdezernent Dr. Michael Schmitz den Ratsmitgliedern schon während der Sitzung vergebens zu erklären versucht.

Für Erich Oberem (FWG) ist klar: "Der Oberbürgermeister hat während der Sitzung bestätigt, dass der Antrag rechtswidrig ist. Dann muss er den Beschluss jetzt auch beanstanden. Er hat rein rechtlich gar keine andere Wahl", so Oberem.

Die Linken hatten beantragt, dass der Rat Bundestag und Bundesregierung auffordern solle, eine Finanztransaktionssteuer "auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu verwirklichen". Rechtsdezernent Dr. Michael Schmitz hatte erklärt, der Rat dürfe eine solche Resolution nicht verabschieden, da er nicht das Mandat habe, sich in Namen der Bürger zu allgemeinpolitischen Themen zu äußern.

Normalerweise hätte Oberbürgermeister Bude daraufhin als Sitzungsleiter zum nächsten Tagesordnungspunkt über gehen müssen. Er ließ aber stattdessen einen Antrag von Karl Sasserath (Grüne) zu, der Oberbürgermeister solle an die Linken im Bund schreiben.

Rechtsdezernent Schmitz erklärte gestern der RP, hätte der Rat dem Antrag der Linken zugestimmt, hätte er dem Oberbürgermeister in jedem Fall empfohlen, den Beschluss zu beanstanden.

Nach dem nun verabschiedeten Antrag sei dies aus seiner Sicht aber nicht nötig. Schließlich komme niemand zu Schaden. Für Erich Oberem ist das irrelevant. "Sollte der Oberbürgermeister nicht beanstanden, werden wir die Bezirksregierung bitten, diese Rechtsauffassung zu überprüfen."

© RP Online GmbH 1995 - 2010

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der RP Online GmbH

Artikel drucken